

# Erste Hürde für ein Designer-Outlet-Center an der Blume ist genommen



Investor konnte Schlüsselgrundstücke erwerben. Durch den Verkauf der maßgeblichen Grundstücke an einen britischen Investor ist Bewegung in die Ansiedlungspläne eines Designer-Outlet-Centers (DOC) an der Blume in Lüttringhausen gekommen.

Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als dass eine Entwicklung der Fläche am Widerspruch der Eigentümer scheitern würde. Um nun ein deutliches Signal in Richtung des Investors zu senden und den Willen der Stadt zu bekunden, soll am 21. Juli die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und die Änderung des Flächennutzungsplans durch den Rat

der Stadt Remscheid auf den Weg gebracht werden. Mit dem Start des Verfahrens selbst würden zahlreiche Gutachten, unter anderem zu den verkehrlichen und umweltverträglichen Auswirkungen, die Beteiligung der Bürger, anderer öffentlicher Einrichtungen und Interessenverbände auf den Weg gebracht. Gleichzeitig muss aufgrund der Art der geplanten

Nutzung eine Abstimmung auf regionaler Ebene erfolgen, da hierzu auch der Gebietsentwicklungsplan geändert werden muss. Über das förmliche Bürgerbeteiligungsverfahren der Bauleitplanung hinaus setzt sich die SPD für eine direkte Beteiligung der Bürger der Stadt Remscheid ein. Vorgeschlagen ist in einer Bürgerbefragung in Anlehnung an

die Gemeindeordnung die Remscheider direkt über das Projekt abstimmen zu lassen. Laut Auskunft des Investors würden in Lüttringhausen ca. 600 neue Arbeitsplätze entstehen.

Die Vorlage (14/1055) zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens an der Blume finden Sie auf der Homepage der Stadt Remscheid: <http://goo.gl/z8mhX>

## »Beteiligung der Bürger ein Muss«



### Kommentar von Hans Peter Meinecke

Die jüngsten Erfahrungen vieler Städte mit der Umsetzung von Großprojekten haben gezeigt, dass die frühzeitige Einbindung der Bürger in der Umsetzung solcher Vorhaben ein unbedingtes Muss ist. Die SPD hat sich in dieser Frage früh positioniert und wirbt bei den anderen Ratsfraktionen für eine Bürgerbefragung im laufenden Verfahren. Hierbei gilt, dass

wenn sich eine Mehrheit der Remscheider gegen das Projekt ausspricht oder das Zustimmungsquorum nicht erreicht wird, wird das Projekt nicht weiter verfolgt. Diese Selbstbindung ist eine Voraussetzung für ein transparentes Verfahren. Die Bürger müssen sich darauf verlassen können. Aus meiner Sicht ist das Vorhaben des britischen Investors für Remscheid eine große Chance aus dem „Dornröschenschlaf“ zu er-

wachen. Der Abbau tausender Industriearbeitsplätze konnte in den vergangenen Jahren nicht kompensiert werden. Remscheid braucht neue Perspektiven, die bei einer vorrausschauenden Stadtplanung auch positive Auswirkungen auf alle Stadtteile haben werden.

## Haushaltssicherungskonzept zeigt Wirkung

### 9,5 Millionen Euro werden bis 2015 mehr eingespart

Das im vergangenen Jahr durch den Stadtrat beschlossene Haushaltssicherungskonzept der Stadt Remscheid zeigt seine deutliche Wirkung. Bis zum Jahr 2015 wird

die angestrebte Einsparungssumme um 9,5 Millionen € übertroffen. Maßgeblich für diese Verbesserung ist eine erhöhte Personalfuktuation, welche die erhofften Einsparungen eher eintreten lässt. Die SPD schlägt eine detail-

lierte Beratung in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vor, zumal viele Prüfaufträge und Verhandlungen zu einzelnen Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sind.

Die Vorlage (14/1010) zum Bericht über den Stand des Haushaltssicherungskonzeptes finden Sie auf der Homepage der Stadt Remscheid: <http://goo.gl/lG32Y>



REMSCHIEDER ZEITUNG

## THEMEN

„DOC“ and der Blume  
Seite 1

Besuch im Europa  
Parlament  
Seite 2

Interview:  
Petra Kammerevert  
Seite 2

Interview:  
Stefan Grote  
Seite 3

Thilo Sarrazin  
Seite 4

## TERMINE

14.07.2011  
Ratssitzung

19.07.2011, 18.00 Uhr  
„Infoveranstaltung  
zum Stärkungspakt  
Stadtfinanzen“, Frei-  
bad Mirke, In der Mir-  
ke 1, 42109 Wuppertal

21.07.2011, 16:15 Uhr  
Ratssitzung zum  
Bebauungsplan Nr.  
642 (Blume)

## Vorfahrt für Bildung

Sowohl Landes- wie Kommunalpolitik befassen sich derzeit intensiv mit der Zukunft des Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen und der Schullandschaft in Remscheid. Bildungspolitik ist in aller Munde. Die Remscheider SPD wird dieses Thema in einem Unterbezirksparteitag diskutieren, der am Samstag, 16. Juli 2011, um 10.00 Uhr im Vaßbendersaal an der Remscheider Stadtkirche (Ambrosius-Vaßbender-Platz) stattfinden wird. Die Veranstaltung ist öffentlich und Gäste sind herzlich willkommen. Von Sven Wiertz

Als Grundlage der Diskussion wird der vom Vorstand der Remscheider SPD einstimmig verabschiedete Leitartikel dienen, der unter der Überschrift „Vorfahrt für Bildung“ eine Zielperspektive für die landes- und kommunalpolitische Debatte aufzeigt. Die Sozialdemokraten in Remscheid sprechen sich damit für die Einführung der Gemeinschaftsschule als zweite Säule eines zweigliedrigen Schulsystems aus, verbinden dies jedoch mit der Erwartung, dass eine Änderung des Schulgesetzes mit breiter Mehrheit im Landtag beschlossen werden muss. Die

Eltern fordern Verlässlichkeit für die Bildungsstrukturen ihrer Kinder. Hier sehen wir alle politischen Parteien in der Verantwortung in NRW einen Konsens zu finden, der sich an den positiven Erfahrungen anderer Bundesländer orientiert, die ein zweigliedriges Schulsystem etabliert haben. Damit wird ein zuverlässiger Rahmen für mehr Ganztage und längeres gemeinsames Lernen in NRW gelegt.

Die Remscheider Eltern haben durch das Anmeldeverhalten belegt, dass ein weiteres integriertes Schulangebot in unserer Stadt erforderlich

ist. Deshalb sprechen wir uns für die Einrichtung einer dritten Gesamtschule in Remscheid aus, die diese Nachfrage decken kann. 25 Jahre nach Gründung der ersten Remscheider Gesamtschule hat sich diese Schulform im Bewusstsein der Eltern fest etabliert und findet breite gesellschaftliche Akzeptanz. Die Errichtung einer weiteren Gesamtschule steht auch nicht im Widerspruch zu den bildungspolitischen Grundsatzentscheidungen, die sich in Düsseldorf abzeichnen. Die Gesamtschule kann als integriertes Angebot in die zweite Säule eines künftigen



Bildungssystems in der Sekundarstufe I überführt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen sind.

Die SPD Remscheid will eine ganzheitliche Betrachtung von Schule fördern. Schule ist mehr als ein Organisationsverbund oder eine Ansammlung von Standorten oder Gebäuden. Eine funktionierende Schule muss als „Haus der Lernens und Lebens“ verstanden werden. Durchaus in Kenntnis der schwierigen Haushaltslage spricht sich die Remscheider SPD für eine Neubauplanung aus, die nach der Änderung des Not-

haushaltsrechts vor wenigen Wochen nicht mehr gänzlich ausgeschlossen ist. Eine Investition in Bildung rechnet sich aus unserer Sicht in mehrfacher Hinsicht, hier möchten wir ein Signal setzen, dass in Verhandlungen zwischen Stadt und Bezirksregierung ernsthaft diskutiert werden muss.

Den vollständigen Text des Leitartikels (<http://goo.gl/lmTSx>) und weiterführendes Material findet sich im Internet unter [www.spd-remscheid.de](http://www.spd-remscheid.de).

## Besuch im Europäischen Parlament

Auf Einladung ihrer Europaabgeordneten Petra Kammerevert reisten Mitglieder des DEG-Fanclubs Rot-Gelb 77 und Ehrenamtler des Düsseldorfer Sportvereins BV-04 sowie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Niederrhein zum Europäischen Parlament nach Straßburg.

Die Gruppe nutzte die Gelegenheit zum direkten Gespräch mit ihrer Abgeordneten. So erfuhren sie z.B., wie breit die Palette an politischen Themen ist, mit denen sich Petra Kammerevert im Ausschuss für Kultur, Medien, Jugend, Bildung und Sport und im Ausschuss für Verkehr und Tourismus beschäftigt. Aber auch Themen wie Atomausstieg und Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wurden heiß diskutiert. Petra Kammerevert machte deutlich, dass mehr und nicht weniger Europa notwendig sei, um diese Probleme zu meistern. Allein wäre Deutschland nur ein Spielball im Spiel der großen Staaten der Welt, aber kein Mitspieler. Das könne nur



Foto: Europäisches Parlament

Europa als Ganzes werden, so die SPD-Europaabgeordnete. Eine Teilnahme an der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments sowie eine Elsass-Rundfahrt, bei der die europäische Geschichte und Kultur dieser Region deutlich wurde, gehörten mit zu die-

ser spannenden und informativen Reise. Die einhellige Meinung der Reisegruppe: Wir wissen jetzt noch besser, wie wichtig die Europapolitik ist und dass sie unzertrennbar mit unserem Alltag verbunden ist.

## Interview mit Petra Kammerevert, MdEP

**Petra, Du warst zehn Jahre Ratsfrau in Düsseldorf, wie wichtig ist Europapolitik für die Kommunen?**

Sehr wichtig – um nicht zu sagen elementar. Die Kommunen betätigen sich immer auch als Wirtschaftsakteure. Daher geraten sie zwangsläufig in Kontakt, zuweilen auch in Konflikt mit den europäischen Binnenmarktregeln und mit dem Wettbewerbsrecht. Die Grenzen zwischen Wettbewerb und Gemeinwohlauftrag sind da häufig fließend. Die öffentliche Auftragsvergabe, interkommunale Zusammenarbeit, Städtebau, Straßenverkehr oder Dienstleistungskonzessionen im Bereich des ÖPNV, der Wasserversorgung und –entsorgung sind nur einige Beispiele dazu.

**Das klingt alles andere als „weit weg“.**

Ist es auch nicht. Das haben die kommunalen Vertreter, wie z.B. der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), bereits früh erkannt und machen intensives Lobbying für die Kommunen in Brüssel. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag unterhalten zudem in Brüssel ein gemeinsames Büro, um nah an den Entwicklungen und vor allem an den Entscheidungen dran zu sein. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung mit ihren spezifischen Rechten von Kommunen ist ziemlich einzigartig in Europa und daher bedarf es einer besonders intensiven Lobbyarbeit, um für diese Be-

« Fortsetzung von Seite 2

sonderheit zu sensibilisieren und die spezifischen Interessen der Kommunen in Europa zu vertreten.

#### Wie kann man sich das vorstellen?

Der RGRE beobachtet das Geschehen in Brüssel und ist gleich zur Stelle, wenn Belange der Kommunen betroffen sind. Sie nehmen Kontakt mit der Kommission und uns, den Europaabgeordneten auf, und sie beteiligen sich an Konsultationen der Kommission im Vorfeld der Gesetzgebung. Sie informieren anschließend auch die Mitgliedsstädte über neue Vorgaben, aber auch über EU-Fördermöglichkeiten.

#### Was sollte Remscheid tun, um von der EU stärker zu profitieren?

Remscheid sollte unbedingt einen Europabeauftragten benennen, der die Förder-

möglichkeiten der EU im Blick hat, um besser von den Angeboten profitieren zu können. Auch eine Mitgliedschaft im RGRE erscheint mir sinnvoll, um besser in Informationsflüsse eingebunden zu sein. Darüber hinaus sollte auch die Ratsfraktion die EU-Gesetzgebung im Auge behalten, um sich rechtzeitig an neue Vorgaben anzupassen. Wenn man z.B. frühzeitig weiß, dass künftig im ÖPNV in Europa nur Niederflurbusse eingesetzt werden dürfen oder dass alle öffentlichen Gebäude barrierefrei sein müssen, kann ich das bei geplanter Sanierung oder bei Neuanschaffungen berücksichtigen und muss nicht später für viel Geld nachrüsten oder umbauen.

#### Woran arbeitest Du denn aktuell?

Derzeit insbesondere an der sogenannten Digitalen Agenda. Hier geht es um die



Fragen, wie gehen wir in Europa mit der zunehmenden Verbreitung von digitalen Technologien und des Internets um, wie verbessern wir die Kompetenzen unserer Bevölkerung und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, wie bekommen alle Zugang zu Breitbandnetzen überall in Europa? Es geht auch darum, was geschieht mit den Funkfrequenzen, die durch die zunehmende digitale

Übertragung frei werden. Von der Frequenzpolitik sind beispielsweise auch kommunale Theater betroffen, die durch einen erforderlichen Umzug der Frequenzen für Drahtlosmikrofone zu nicht unerheblichen Neuinvestitionen in Technik gezwungen sein werden. Der Kulturausschuss des EP hat daher beispielsweise gefordert, dass die Art und die Höhe von Kompensationen

vor einer Versteigerung von Frequenzen geregelt sein müssen, damit z.B. die Theater nicht am Ende auf den Kosten sitzen bleiben, die sie in der Regel nicht ohne weiteres aufbringen können. Eine breite Palette an Problemen und Themen, mit denen ich mich derzeit als SPD-Medienfachfrau beschäftige.

Kontakt, Informationen:

<http://www.kammerevert.eu>

## Das Freibad als soziale Einrichtung dieser Stadt

Ganz aktuell zur Eröffnung des Freibades am 1. Juni und der damit verbundenen Feier am 3. Juni konnten wir Stefan Grote zum Gespräch gewinnen.

Wir verbinden seinen Namen heute vor allem mit dem Förderverein des Freibades, dessen Vorsitzender er etwa seit 1998 ist und ohne dessen Engagement das heutige Freibad Eschbachtal, von den älteren Remscheidern noch „Strandbad“ genannt, nicht denkbar wäre.

Den gelernten Kaufmann, mittlerweile selbständig im Bereich Elektrotechnik, konnten die prominenten und kompetenten Sympathieträger der SPD Bernd Brüggemann (damals Bezirksvorsteher in Süd) und Rainer Weigelt (Ratsmitglied) 1986/87 für die SPD gewinnen. Auf der Suche nach einer politischen Heimat, in der er seine Lebenswelt und seine Vorstellungen berücksichtigt fand, war der gebürtige Kremenholler zunächst auf keine Partei fest gelegt und entschied sich erst nach dem Vergleich der Parteiprogramme für die Sozialdemokraten. Dort fühlte er sich gut aufgehoben und gehörte bereits nach einem Jahr dem Vorstand des OV Süd an, wo

er mittlerweile wohnte. 1995 fragte ihn Rainer Weigelt, ob er nicht Interesse habe, die Nachfolge des bisherigen Verantwortlichen und Organisators des „Kuckucksfest“ anzutreten. Das tat er – 13 Jahre lang – und verfolgte dabei eine erfolgreiche Strategie, die ihm auch bei der späteren Aufgabe nützlich sein sollte: Besucher und Akteure müssen geschickt koordiniert werden. Wenn Kindergärten und Schulen das Programm mit gestalten, ziehen sie automatisch die Familien – Großeltern, Eltern, Geschwister, Freunde – als Besucher an. 1987/88 rückt Stefan Grote in die BV Süd als ständiges Mitglied nach und als es Probleme im 1995 gegründeten

Förderverein des Freibades Eschbachtal gibt, steht er bei den Neuwahlen als Vorsitzender zur Verfügung. Der Verein hatte damals die schwierige Aufgabe übernommen, den städtischen Haushalt entscheidend zu entlasten und die anfallenden Arbeiten im Bad selbst zu übernehmen. Das konnte und wollte Stefan Grote so nicht weiterführen. Er trat 1998 mit dem Vorhaben an, mehr Attraktivität ins Freibad zu holen, die Öffentlichkeitsarbeit und das Management zu stärken. So ist heute die Schiffsparade, eine Modellschiffschau, weit über die Grenzen des bergischen Landes bekannt. Am 10. und am 11. September wird sie zum 8. Mal auch in



diesem Jahr wieder Scharen von Besuchern anziehen. Für die geplanten „Attraktivitätssteigerungen“ musste der neue Vorsitzende Geld aquirieren, um in das Bad investieren zu können. So hat Remscheid das einzige Bad in Deutschland mit Bandenwerbung! Geldmittel mussten beschafft werden, die gemeinsam von Sponsoren, Förderverein und Sportamt sinnvoll eingesetzt werden

sollten. Die kaufmännischen Kenntnisse und Erfahrungen des Vorsitzenden kamen dem Verein zugute. Stefan Grote schildert die Neuerungen im Freibad im Wesentlichen in 5 großen Schritten, zwischen denen viele kleinere lagen, in denen es immer um effizientere Nutzung von Zeit, Arbeitskraft und Geld ging.

Das Awo-Veranstaltungs-Zelt

Weiter auf Seite 4 »

« Fortsetzung von Seite 3

wurde nach der Insolvenz der Remscheider Awo entfernt, statt dessen wurde ein Baby-Plansch Becken gebaut.

Die Instandhaltung vor der alljährlichen saisonalen Eröffnung wurde minimiert.

## »So benötigte man bei Bewirtungen für die Würstchen die Konzession von Remscheid und für`s Bier – 10 Meter weiter entfernt – die Konzession aus Wermelskirchen.«

Das sparte Zeit und Geld und schuf eine größere Unabhängigkeit von der Witterung (z.B. an Stelle der Wandfarbe in den Becken wurde gefliest; so musste nicht alljährlich geschliffen und gestrichen werden.)

Die Solaranlage wurde installiert. Sie ist heute die einzige genutzte Erwärmungsquelle für das Wasser im Bad.

Den Berg hinauf wurde eine Naturtreppe errichtet. Graffiti schmücken das Bad.

Im nächsten Jahr wird das

Bad 100 Jahre alt. 1912 wurde es als erstes Freibad im Binnenland und als Strandbad nach dem Vorbild der Ostseebäder mit einem Sandstrand gebaut. Förderverein und Sportamt wollen eine Geburtstagsfeier auf die Bei-

ne stellen und – wenn die Möglichkeiten reichen – die wechselvolle Geschichte illustrieren.

Manches blieb im 1970 komplett umgebauten Bad über all die Jahre jedoch gleich: Die jungen Leute, die sich an den oberen Rand des Bades verziehen, möchten möglichst ungestört bleiben! Kaum ein älterer Besucher, der sich nicht an erste Annäherungsversuche ans andere Geschlecht im „Strandbad“ erinnert, manche gar an den

ersten Kuss!

Das Engagement für den Verein konnte Stefan Grote nutzbringend mit den Aufgaben als Bezirksvertreter verbinden. Heute ist er dienstältestes Mitglied der BV Süd und Sprecher der Gestaltungs-

mehrheit in der BV.

Der ständigen hartnäckigen Nachfrage der BV Süd, die ja auch für das Freibad zuständig ist, ist es zu verdanken, dass die Gebietsstreitigkeiten zwischen Remscheid und Wermelskirchen gütlich beigelegt sind:

Das Freibad gehörte bis vor einigen Jahren zu kleineren Teilen auch noch zur Stadt Wermelskirchen (und damit zum Regierungsbezirk Köln, während Remscheid zu Düsseldorf gehörte). Die Bäche

und Flüsse waren früher die natürlichen Gebietsgrenzen der Gemeinden und als der Eschbach begründet wurde, lag automatisch ein Teil des Grundstückes auf Wermelskirchener Boden. Das führte verwaltungstechnisch zu Stillstand (die Wermelskirchener lehnten Bauanträge zur Veränderung der Umkleide-Gebäude ab) und zu aufwändigen Genehmigungsverfahren, die heute zum Lachen anmuten: So benötigte man bei Bewirtungen für die Würstchen die Konzession von Remscheid und für`s Bier – 10 Meter weiter entfernt – die Konzession aus Wermelskirchen.

Wermelskirchen hat Remscheid das kleine Stück abgetreten und ist im Gegenzug mit einem Grundstück entschädigt worden.

Auf die Frage, was Stefan Grote in der Freizeit macht, bekomme ich eine denkwürdige Antwort: Freizeit bleibt

nicht mehr viel. Gerne ist er in Haus und Garten (er hat zwei Teiche!) beschäftigt und liebt es mit seinem Hund spazieren zu gehen. Wo? Natürlich im Eschbachtal. Fast täglich geht er abends im Freibad nach dem Rechten gucken – da fällt ihm viel auf.

Sein Wunsch für die Zukunft? Das Bad möge in den Köpfen der Politiker und der der Bürger fest verankert sein: als soziale Einrichtung in dieser Stadt, die es den Menschen ermöglicht, auch dann draußen zu schwimmen und zu sonnen, wenn sie keine Reisen machen können.

Wer sich „Appetit“ machen möchte, kann ja schon mal vom Trockenen aus auf`s Wasser schauen:

[www.freibad-eschbachtal.de](http://www.freibad-eschbachtal.de)

## Deutschland schafft sich ab?

**Der OV-Süd hatte eingeladen, der OV Stadtmittte/Hasten, die AsF und die Jusos hatten sich interessiert als Mitveranstalter eingeklinkt: ein wenig spät, aber nicht zu spät wollten die Mitglieder unter sich über Thilo Sarrazins provokante Thesen diskutieren, mit denen er in seinem umstrittenen Buch „Deutschland schafft sich ab“ in etlichen Talkshows und Interviews von sich reden machte. Von Margit Dorfmueller-Hake**

Vladimir Zizka, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europa-Abgeordneten Petra Kammerevert, war zu Gast, um die Position contra Sarrazin sachkundig (und nicht nur aus gutem, sozialdemokratischem Gefühl heraus) zu vertreten. Thomas Kase vom OV Süd übernahm die Position pro Sarrazin, um die Diskussion spannender und lebensnäher zu machen.

Interessant für alle Anwesenden war, dass beide ihre Position nicht konsequent durchhalten konnten. Vladimir Zizka räumte ein, dass Sarrazin zum Teil mit Daten, Fakten und Analysen durchaus Recht hätte – und Thomas Kase fiel es zunehmend schwer, die polemischen The-

sen, die sich vor allem gegen schwächere Bevölkerungsgruppen richten, aufrecht zu erhalten.

Jedenfalls ist es nicht so leicht, einen intelligenten und gebildeten Populisten zu widerlegen, der eine Flut von Zahlen, Statistiken und Bewertungen anhäuft, durchmischt, bewertet und seine Schlussfolgerungen daraus zieht und vor allem an allerlei Ängste, Unsicherheit, und soziale Verachtung appelliert und Bedrohungsszenarien heraufbeschwört.

Häufig sind es nicht die Fakten, die den Menschen Sorge bereiten; die kennen sie ja meistens gar nicht. So ist die Sorge vor gefühlter zu reichlicher Zuwanderung unreal-

und steht den klaren Zahlen entgegen: Es wandern mehr Menschen aus Deutschland aus als Menschen einwandern! Ebenso trägt der Anschein, alle Menschen aus Ländern mit überwiegend moslemischer Bevölkerung seien automatisch gläubige Moslems, pflügten ihren Glauben streng und neigten geradezu zum Islamismus. Vieles, was wir für Ausdruck der Religiosität halten, ist Tradition, Folklore, Brauchtum.

Zweifellos wirft der Zuzug von Ehepartnern, die der deutschen Sprache nicht mächtig und möglicherweise schlecht ausgebildet sind und die hiesigen gesellschaftlichen Gepflogenhei-

ten gar nicht kennen, soziale Probleme auf. Diese müssen gelöst werden und natürlich wird die Gesellschaft finanziell enorm belastet durch hohe Transfer-Leistungen an Familien, die nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können oder wollen. Hier ist die Politik gefragt, werden Konzepte

## »Es wandern mehr Menschen aus Deutschland aus als Menschen einwandern!«

benötigt, die auf die unterschiedlichen Situationen und Konditionen dieser Menschen zugeschnitten sind, hier muss von fördern und fordern nicht nur gesprochen werden.

Erschreckend ist vor allem der unterschwellig aggressive Ton, der durch die Zeilen und Zahlen des Buches durchschwingt: Kinderrei-

che, sozial Schwache, Zuwanderer, Flüchtlinge, Sozialpolitiker werden mit Zorn und Ablehnung übergossen.

Dass „Deutschland und die Deutschen“ (wer auch immer das sein mag) immer weniger werden, ist lange vor Sarrazin bekannt. Und es ist ein Schicksal, dass sie mit allen westlichen, bzw.

technisierten Ländern teilen, in denen Frauen Zugang zu Bildung und qualifizierten Berufen haben. Weder Kindergeld noch Geburtsprämien, nicht die Elternzeit und Kindergärten werden diese Entwicklung rückgängig machen können. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen, die dazu führen, dass

Weiter auf Seite 5 »

## Weiterführende Links:

[www.caritas.de/sinismigranten](http://www.caritas.de/sinismigranten)

[www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus\\_Zentrale\\_Ergebnisse\\_09122008.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf)

[www.bildungsklick.de/pm/56038/sinus-milieustudie-zeigt-zugehoerigkeit-zu-sozialem-milieu-beeinflusst-alltagskultur-mehr-als-religion-oder-ethnische-herkunft/](http://www.bildungsklick.de/pm/56038/sinus-milieustudie-zeigt-zugehoerigkeit-zu-sozialem-milieu-beeinflusst-alltagskultur-mehr-als-religion-oder-ethnische-herkunft/)

## « Fortsetzung von Seite 4

bewusst lebende Menschen die Entscheidung zu Familie und Kindern lange aufschieben – oder es gleich ganz sein lassen. Nicht die Karrierelust der Frauen ist daran Schuld. Es sind die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ein Leben mit

Geburtenzahl der Akademiker zu beklagen sein - eine politische Handlungsanweisung lässt sich daraus nicht ableiten. (Im Kontext mit der wachsenden Weltbevölkerung wäre das sowieso fragwürdig)

Hier können Politik und Arbeitgeber, Universitäten,

zu allgemeinen Problemen von Migration, Integration und sozialen Missständen hin entwickelte, tat der inhaltlichen Qualität der Diskussionsveranstaltung gut. Hier ist besonders noch einmal hervorzuheben, dass es ein weit verbreiteter Irrtum ist zu glauben, der materielle oder berufliche Erfolg, die Bildung, die gesellschaftliche Teilhabe und die gute soziale Eingebundenheit seien vor allem eine Frage der ethnischen oder nationalen Herkunft. So ist es nämlich nicht, wie man Dank einer unwiderlegten, sehr anerkannten Studie (siehe Caritas und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), der sogenannten Sinus-Migranten-Milieu-Studie leicht nachvollziehen kann:

Die soziale Schicht, die Herkunft aus dem sozialen Milieu ist ausschlaggebend für

das Fortkommen und die soziale Integration/Inklusion von Menschen. Und das gilt für Menschen, die hier geboren wurden (ob deutsch oder nicht), wie für Menschen, die aus Süd – oder Osteuropa, Afrika oder Asien zu uns kommen: Bildungsferne, berufliche Leistungsdefizite, materielle Notlagen, soziale Ausgrenzung und mangelnde Lebensbewältigung reproduzieren sich, setzen sich in Familien fort. Hier gilt es, die Defizite zu erkennen und Eltern, Kindern und Jugendlichen aus diesen Familien höchst mögliche Chancen zu gewähren. Die Begriffe „Fordern und Fördern“ müssen auch hier zu konsequenten politischen Handlungen führen.

»Die soziale Schicht, die Herkunft aus dem sozialen Milieu ist ausschlaggebend für das Fortkommen und die soziale Integration von Menschen. Und das gilt für Menschen, die hier geboren wurden (...)«

Kindern nicht mehr selbstverständlich und Familie nicht mehr verlässlich scheinen lassen. Die von Sarrazin kritisierten Umstände, dass schlecht ausgebildete Menschen ohne Arbeit und ohne Perspektive sich häufiger für Kinder – und für mehr Kinder – entscheiden, mögen gegenüber der sinkenden

Hoch- und Berufsschulen allenfalls Rahmenbedingungen schaffen und z.B. Elternschaft in Ausbildung und im Studium ermöglichen und den Raum für Kinder und Familien in ihren Lebensbedingungen gestalten.

Dass sich die Diskussion rasch von den polemischen Äußerungen Sarrazins weg

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,



in letzter Minute sind gestern im federführenden Ausschuss im Landtag NRW Veränderungen zum KIBIZ Revisionsgesetz auf den Weg gebracht worden. Diese greifen Kritikpunkte aus dem Anhörungsverfahren auf. Unter anderem ist eine weitere Verbesserung der zusätzlichen U3 Pauschale und eine Entbürokratisierung beschlossen worden. Für den zweiten Revisionsschritt und den weiteren Ausbau der U3 Plätze ist es aus meiner Sicht unerlässlich, dass sich mehr Zeit für eine fundierte Planung genommen und ein größerer zeitlicher Vorlauf gewählt wird. Nur so erhalten die Träger eine verlässliche Planungsbasis für das dann kommende Kindergartenjahr.

Von Martin Brink

## Bilder aus dem Parteileben



### Aktion zum Erhalt der Müngstener Brücke

SPD, Bündnis '90 / Die Grünen, Verkehrsclub Deutschland und Sven Wolf MdL starteten am Pfingstwochenende die Postkartenaktion zum Erhalt der Müngstener Brücke.

Zur Themenseite „Müngstener Brücke“: <http://goo.gl/wLok>

## Impressum

### V.i.S.d.P.:

SPD-Unterbezirk Remscheid  
Ruth Meiß

### Redaktion:

Sven Wiertz,  
Margit Dorfmueller-Hake  
und Martin Brink.

### Kontakt:

Elberfelder Straße 39  
42853 Remscheid  
02191 4600622  
[www.spd-remscheid.de](http://www.spd-remscheid.de)

### Artikelannahme:

Artikel können bis jeweils sieben Tage vor der nächsten Ratssitzung im UB-Büro eingereicht werden.

[UB.Remscheid.NRW@SPD.de](mailto:UB.Remscheid.NRW@SPD.de)